



/// Impuls:

Position des Deutschen Frauenrats zum Selbstbestimmungsgesetz

Stabsstelle Chancengerechtigkeit der EKD

Worum geht es? Das (geplante) Selbstbestimmungsgesetz

17.10.2023

Dr. Beate von Miquel, DF-Vorsitzende

Caroline Ausserer, Referentin

/// Beschluss 2022

Der Deutsche Frauenrat setzt sich dafür ein, dass das Transsexuellengesetz abgeschafft und durch ein gesetzlich verankertes Recht auf Selbstbestimmung ersetzt wird. Dazu gehören ein Verfahren beim Standesamt, das Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand grundsätzlich per Selbstauskunft möglich macht, eine Stärkung des Offenbarungsverbots hinsichtlich des früheren Vornamens oder Personenstandes und eine wirksame Sanktionierung bei Verstößen dagegen sowie eine Stärkung der Aufklärungs- und Beratungsangebote.



/// Aktuelle Debatten

Rund um das Selbstbestimmungsrecht werden viele Debatten, die nicht zusammengehören, vermischt. Die gegen das Recht auf Selbstbestimmung vorgebrachten Argumente lassen sich entkräften bzw. haben oft nicht direkt etwas mit diesem Recht zu tun.

Feminist*innen dürfen sich bei dem Thema nicht spalten lassen, sondern sollten gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft, für Menschenrechte und Vielfalt eintreten.



/// Die politische Kategorie „Frau“

Für den DF ist die politische Kategorie „Frau“ z.B. im Rahmen von Datenerhebungen für die Lobbyarbeit essenziell und wird es auch bleiben. Es geht bei mehr Selbstbestimmung nicht um eine Abschaffung dieser Kategorie. Stattdessen soll es mehr Vielfalt, Freiheit und Individualität geben, wie Geschlecht und „Frau sein“ gelebt werden kann.

Der DF erkennt an, dass für die Geschlechtszugehörigkeit einer Person, neben den körperlichen Geschlechtsmerkmalen, die geschlechtliche Identität entscheidend ist.

Der DF vertritt alle Frauen: Cis Frauen, trans* Frauen, intergeschlechtliche Frauen sowie alle Menschen, die sich als Frauen oder Mädchen verstehen.



/// Debatte um Schutzräume und Gewalt

Trotz fehlender Berichte aus Ländern mit einem Selbstbestimmungsgesetz, wird immer wieder behauptet, dass das Selbstbestimmungsgesetz in Deutschland cis Frauen gefährden würde, die nach häuslicher oder sexualisierter Gewalt entsprechende Schutzräume aufsuchen. Pauschal wird unterstellt, dass die Gewalt, die von cis Männern ausgehen kann, gleichermaßen von trans* Frauen ausgehen könnte. Durch diesen Generalverdacht wird verkannt, dass für trans* Frauen das Risiko Gewalt zu erfahren, ebenfalls sehr hoch ist.

Diese Einschätzung wird von nahezu allen namenhaften Gewaltschutzverbände in Deutschland geteilt: Die Frauenhauskoordination, die Zentrale Informationsstelle autonomer Frauenhäuser und der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) unterstützen ein Selbstbestimmungsgesetz.

/// Debatte um Schutzräume und Gewalt

Es ist wichtig, die Debatte rund um das Thema Gewalt nicht zu instrumentalisieren. Die Lösung ist nicht, trans* Menschen ein Recht zu verwehren, sondern den Gewaltschutz besser auszustatten, um ALLE Frauen vor Gewalt zu schützen, unabhängig davon, ob sie lesbisch, bisexuell, heterosexuell, trans*, inter* oder cis sind.

Dies erkennt auch die Istanbul-Konvention an. Auch der Alternativbericht des Bündnis Istanbul-Konvention fordert bei den Empfehlungen zu Art. 4, dass Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt trans* Personen zugänglich zu machen sind und dabei deren besondere Bedarfe berücksichtigt werden müssen.



/// Transgeschlechtlichkeit und Geschlechterrollen

Vor allem Jugendlichen wird häufig unterstellt, sich nur als trans* zu outen, um engen Geschlechterrollen zu entfliehen. Fakt ist, dass viele trans* Jugendliche lange versuchen, in der ihnen zugeschriebenen Rolle zu leben. Viele haben große Angst vor Reaktionen im Umfeld, denn leider gibt es Berichte von trans* Jugendlichen, die starke Ablehnung im Familien- und Freund*innenkreis oder Mobbing durch Mitschüler*innen erfahren. Trans* Jugendliche nehmen diese Erfahrungen in Kauf, wenn sie sich outen. Sie outen sich, weil sie sich selbst näherkommen möchten oder die eindringliche Wahrnehmung haben, dass sie im zugeschriebenen Geschlecht nicht mehr leben wollen oder können.

(Quelle: LSVD, Trans*: Hype der Gender-Ideologie und Gefahr für Kinder und Jugendliche? Fragen und Antworten zu Transgeschlechtlichkeit.)



/// Debatte im Deutschen Frauenrat

Innerhalb des DF haben wir es immer möglich gemacht über Fragen und Herausforderungen zu sprechen. Zunächst innerhalb des Vorstandes, dann in vielen persönlichen Gesprächen mit Mitgliedsorganisationen auf unserer Mitgliederversammlung und bei einer internen Informationsveranstaltung mit Expert*innen vom BV Trans* und der Amadeu Antonio-Stiftung.

Es gab vereinzelte kritische Stimmen, der Beschluss zum Selbstbestimmungsgesetz wurde jedoch von einer großen Mehrheit verabschiedet und wird von dieser auch getragen.



/// Haltung des DF zum Gesetzentwurf der Bundesregierung

Wir begrüßen grundsätzlich, dass das Transsexuellengesetz (TSG) abgeschafft und durch ein Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) ersetzt werden soll. Im vorliegenden Gesetzentwurf finden sich jedoch Regelungen, die dringend überarbeitet werden müssen, da sie unnötige Härten darstellen und falsche Stereotype über trans*Personen als potenziell gefährliche oder gewalttätige Menschen reproduzieren.

Gleiches gilt für die sehr ausführliche Begründung der neuen Regelungen, deren Tonlage ein pauschales Misstrauen gegenüber trans* Personen vermittelt und ihre Perspektive vermissen lässt.



/// Fragen und Anmerkungen